

ZEITSCHRIFT FÜR GANZHEITSFORSCHUNG

Philosophie · Gesellschaft · Wirtschaft

Begründer

von

WALTER HEINRICH

Fortgeführt

von

J. HANNS PICHLER

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen jeder Art nur mit Zustimmung des Herausgebers.

Eigentümer und Herausgeber: Gesellschaft für Ganzheitsforschung (Vorstand: o. Univ.-Prof. Dkfm. Dr. Dr. h. c. J. Hanns Pichler, M. Sc.); Schriftleiter: Dkfm. Dr. Hubert Verhönig, alle A-1090 Wien, Augasse 2-6.

Druck: Gesellschaft für Ganzheitsforschung, A-1090 Wien, Augasse 2-6. – Erscheint vierteljährlich.

ISSN 0044-2763

Bezugsgebühren: Jahresabonnement einschließlich Porto Euro 14,54, US-Dollar 19,-, Einzelheft Euro 3,64, US-Dollar 5,- zuzüglich Porto.

Studenten: Jahresabonnement Euro 11,63.

Postsparkassenkonto Wien 7132.342, Postscheckkonto München 1202 18-804

Für Förderer und Mitglieder der Gesellschaft für Ganzheitsforschung kostenlos. Manuskripte und Zuschriften sind zu richten an die Redaktion der Zeitschrift für Ganzheitsforschung, A-1090 Wien, Augasse 2-6.

ZEITSCHRIFT FÜR GANZHEITSFORSCHUNG
NEUE FOLGE - 48. JAHRGANG - WIEN - IV/2004
INHALT

Paul König Leopold Zieglers "Menschwerdung" und seine Deutung Jakob Boehmes	171
Herbert Strunz Einzelwirtschaft und Gemeinwohl	182
<i>Schrifttumsspiegel</i>	
Andreas Bsteh, Seyed A. Mirdamadi (Hg.) Werte – Rechte – Pflichten (E. Buchinger)	212
Paul König Gonzague de Reynold (J.H. Pichler)	213
D. Friedrich Münter Templer (P.M. Hawranek)	215
Ralf Dahrendorf Die Krisen der Demokratie (A. Rosenfeld)	216
Erich Loitslberger Die Sicherung des Massenwohlstandes (G. Buchinger)	218
Robert K. von Weizsäcker (Hg.) Bildung und Beschäftigung (C. Ragacs)	219
Oliver Schwank Neuorientierung der Weltbank in den 90er Jahren (H. Pech)	221

und Breite sowie die je nach betrachtetem Teilproblem stark unterschiedliche Fokussierung des entsprechenden wissenschaftlichen Diskurses auf. Darüber hinaus ergibt sich auch ein gewisser Vorbehalt vor immer wieder unterstellten zu einfachen - fast mechanistischen - Kausalitäten zwischen Bildung und Beschäftigung. Nicht zuletzt deswegen ist "Bildung und Beschäftigung" sehr zu empfehlen.

C. Ragacs

Oliver Schwank

NEUORIENTIERUNG DER WELTBANK IN DEN 90ER JAHREN

Österreichische Forschungsstelle für Entwicklungshilfe, Wien 2003, 93 Seiten

Die vorliegende Diplomarbeit informiert über die strategischen Konzeptionen der Weltbank (International Bank for Reconstruction and Development mit Sitz in Washington) "im Wandel der Zeit", also unter Berücksichtigung der maßgebenden entwicklungstheoretischen Ansätze. Die Bank ist eine jener internationalen Organisationen, die nach dem 2. Weltkrieg die institutionelle Ausgestaltung der neuen Weltwirtschaftsordnung prägten, einer Ordnung, die von Anfang an – verständlicherweise – von den politischen und ökonomischen Interessen der dominierenden westlichen Siegermacht dominiert war. Und so sind – gleichfalls verständlicherweise – auch die jeweiligen theoretischen Grundlagen der Entwicklungspolitik überwiegend Ergebnisse US-amerikanischer Ökonomen.

Der Autor beschreibt zunächst das "fordistische Regime" und die daraus ableitbare entwicklungsökonomische These von der entscheidenden Bedeutung des Zusammenhangs von Wirtschaftswachstum und Kapitalbildung, allerdings auf der Grundlage eines wohlstandsstaatlichen Regelwerks. Doch die Orientierung an der Philosophie des Wachstums war zunächst mit negativen Auswirkungen auf die Einkommensverteilung verbunden. Die damit zusammenhängende Kritik führte zu einer neuen Ausrichtung der Weltbankstrategie: Im Jahr 1960 erfolgte die Gründung der International Development Agency, die langfristige und zinsgünstige Kredite an die ärmsten Entwicklungsländer vergibt, und die "Armutsbekämpfung" wurde vorübergehend ein explizites Ziel der Weltbankpolitik ("Umverteilung durch Wachstum").

Das mit dem "Fordismus" verbundene staatsinterventionistische Wirtschaftsmodell erlebte in den 70er Jahren eine ausgeprägte Wachstumskrise. Als Antwort darauf setzte sich in der wirtschaftstheoretischen Diskussion (und vorerst in den USA sowie in Großbritannien auch in der politischen Praxis) das "neoliberale Projekt" durch. Die Weltbank erwies sich - mit ihren Strukturanpassungspro-

grammen - als ein wesentlicher Motor dieser Sichtweise. Voraussetzungen für Kredite waren wirtschaftspolitische Programme, die gekennzeichnet waren durch eine restriktive Fiskalpolitik, durch Privatisierungen, Einschnitte in Sozialbudgets und Subventionsabbau, Abbau von Handelsbeschränkungen, Währungsabwertung und durch Deregulierung von Märkten. Die Begriffe "Markt" und "Staat" sind in diesem Ansatz sozusagen "eindeutig", also unabhängig von arteigenen gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Ausprägungen definiert.

Diese als "Washington-Konsens" bezeichnete Ausrichtung der Weltbankpolitik bot jede Menge Angriffsflächen, die auch in der Bank selbst erkannt wurden. So wegen der zu kurzfristigen Kreditlaufzeiten, wegen der einseitigen Thematisierung des "Staatsversagens", der Uniformität des Modells, der Vernachlässigung sozialer Fragen und schließlich auch wegen verschiedener Zielkonflikte (wie der Widerspruch zwischen zu kurzfristigen Programmen und langfristigen Entwicklungszielen).

Die Weltbank modifizierte daraufhin ihre Strategie in mehreren Bereichen. So auf dem Gebiet der Armutsbekämpfung ("Sicherheitsnetze", Mittel für Gesundheit und Bildung). Verlangt wird nicht nur "weniger Staat", sondern auch Effizienz und Leistungsfähigkeit ("good governance"). Und es gibt eine neue Form der Kommunikation mit den "Kunden" ("ownership through persuasion"): Regierung und Bevölkerung sollen überzeugt sein, dass die verlangten Reformen notwendig und sinnvoll sind.

Zusammen mit bestimmten theoretischen Grundlagen, die auf dem Eingeständnis beruhen, dass rationales Verhalten der Individuen (etwa wegen asymmetrisch verteilter Informationen) nicht automatisch zu einem gesellschaftlichen Optimum führt (Neuer Institutionalismus, Neue Politische Ökonomie), kommt es schließlich in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu einer Weltbankstrategie, die in der Literatur mit "Neuer Washington-Konsens" umschrieben wird.

Der Autor berichtet recht ausführlich über den "Neuen Institutionalismus", wobei er die einschlägigen Arbeiten von Douglass C. NORTH heranzieht. Im Wesentlichen geht es darum, dass "Institutionen" (verstanden als Spielregeln der Gesellschaft – formlose und formgebundene Beschränkungen sowie Mechanismen zur Sicherung der Vertragserfüllung) Konflikte zwischen den Interessen der Individuen und der gesellschaftlichen Wohlfahrt, die zu "Marktversagen" führen, überwinden sollen. Die Institutionen wären aus Sicht der Entwicklungsökonomie Voraussetzung für eine langfristig ausgerichtete Entwicklungspolitik.

Mit Recht betont der Autor kritische Positionen, die in diesem Versuch einen fundamentalen Widerspruch sehen: Die Individuen müssten dann über zwei unvereinbare Präferenzsysteme verfügen, und zwar ein am Eigeninteresse und ein am gesellschaftlichen Optimum orientiertes. Der Versuch, die methodologische Basis der Neoklassik mit einer langfristig orientierten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Programmatik zu verbinden, krankt schon im theoretischen Ansatz.

Das hindert die Weltbank freilich nicht daran, einige Elemente dieser Theorie in ihre Strategie zu übernehmen. So die Bedeutung von "Institutionen", und zwar in erster Linie hinsichtlich der Aufgabe des Staates, Rahmenbedingungen für einen optimalen Erfolg marktwirtschaftlicher Grundsätze zu schaffen und zu garantieren. Zu diesen Rahmenbedingungen gehört – um nur ein Beispiel zu nennen – auch die soziale Grundsicherung, die allerdings auch von "zivilgesellschaftlichen" Einrichtungen erbracht werden kann. Jedenfalls passt ein auf gesellschaftlicher Umverteilung beruhendes Konzept nicht in diesen Ansatz. Der neue Demokratiebegriff – um ein weiteres Beispiel anzuführen – impliziert die Beteiligung der "Zivilgesellschaft" bei der Umsetzung von Weltbankprojekten (im Interesse einer höheren ökonomischen "Effizienz"), aber die Betonung liegt auf "Umsetzung", nicht auf der Übertragung von Einfluss auf die grundsätzliche Ausrichtung und Planung. Und so kommt der Autor zu dem Schluss, dass der "Neue Washington-Konsens" lediglich auf einer Ergänzung und Ausweitung der neoklassischen Theorie beruht. In verschiedenen Bereichen mag damit eine "differenziertere Problemwahrnehmung" verbunden sein, doch die "wesentlichen Linien neoliberaler Wirtschaftspolitik" bleiben aufrecht. Der Rezensent hat dem nichts hinzu zu fügen.

H. Pech

AUS DER GESELLSCHAFT

FREUNDESTREFFEN und JAHRESVERSAMMLUNG

Filzmoos, 24.-26. Sept. 2004

Das Freundestreffen der Gesellschaft, wurde Freitag, 24.9. vormittag, von Dr. Nicole **Karafyllis** (Frankfurt/Main) mit dem Vortrag "Biofakt – die verlorene Ganzheit des Menschen" eröffnet, unter anschließend reger Diskussion; gefolgt am Nachmittag von em.Univ.-Prof. Dr. Krzysztof **Maurin** (Warschau) zum Thema "Literarische Kunst als Ganzheit". Abgerundet wurde das Freundestreffen Samstag vormittag mit dem Vortrag von em.Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. Heinrich **Beck** (Bamberg) über "Philosophische Wirklichkeitserkenntnis und christlicher Glaube als lebendige Ganzheit", mit wiederum ausführlicher Wechselrede.

Die "Jahresversammlung" wurde eingeleitet Samstag nachmittag mit dem Beitrag von Dr. Paul **König** (Murten) über "Leopold Ziegler und Jakob Böhme"